



Die Alarmzentrale ist seit zehn Jahren in Betrieb

Notfälle werden im Kanton Solothurn zentral und rund um die Uhr koordiniert. Drei bis vier Polizisten und zwei Rettungssanitäter sind pro Schicht im Einsatz. **Seite 26**

Oberstufenschulhaus wurde eingeweiht

In Matzendorf wurde nach nur rund einjähriger Bauzeit das neue Oberstufenschulhaus eingeweiht. Es geht nach den Herbstferien in Betrieb. **Seite 34**

Als der Lack zu blättern begann

Die vergangenen zwei grossen Wirtschaftskrisen lösten in der Politik viel Hektik aus

Die Gewerkschaften werfen der Regierung in der aktuellen Wirtschaftskrise Untätigkeit vor. Wie reagierte der Staat auf die letzten grossen Krisen in den 1970er- und 1990er-Jahren? Mit viel Aktivismus, es bestand aber auch grosser Nachholbedarf.

STEFAN FRECH

Völlig ungläubig und unvorbereitet war die Solothurner Regierung, als sich Anfang der 1970er-Jahre die erste grosse Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg bemerkbar machte. «Im Kanton registrierten wir Meldungen, die nach langen Jahren steter wirtschaftlicher Blüte allgemein kaum fasslich schienen», heisst es 1971 im Rechenschaftsbericht der Regierung. Die im Rathaus eingehenden Nachrichten von Entlassungen und Betriebschliessungen in der Uhrenindustrie schienen wie Meldungen von einem anderen Stern.

Doch es kam noch schlimmer: Die internationale Ölkrise 1975 traf die Schweiz und insbesondere den Industriekanton Solothurn heftig. 11 Prozent der Arbeitsplätze gingen verloren, im Industriesektor gar jede vierte Stelle. Auf dem Höhepunkt der Rezession 1976 wies der Kanton Solothurn die zweithöchste Arbeitslosenquote schweizweit auf. Die Quote von 1,1 Prozent wäre viel höher ausgefallen, wenn nicht so viele Fremdarbeiter ausgereist oder Frauen «an den Herd» zurückgekehrt wären. Auch wurde die obligatorische Arbeitslosenversicherung für alle Arbeitnehmer erst 1975 im Kanton und 1977 auf Bundesebene eingeführt.

Eine Wirtschaftsförderung gegründet

Ausser der Steuerpolitik fehlten im Kanton Solothurn staatliche Instrumente, um die Wirtschaft zu fördern und die Arbeitslosigkeit zu senken. Das erwies sich in der ersten grossen Krise als Standortnachteil gegenüber anderen Kantonen. Auch machte die Rezession schlagartig bewusst, dass der Kanton Solothurn zu einseitig auf bestimmte export- und konjunkturabhängige Industrien ausgerichtet war.

Der Regierungsrat erachtete es für dringend, sofortige Massnahmen einzuleiten. Er setzte 1975 ein Wirtschaftsgremium als sein Beratungsorgan ein («Wirtschaftsrat», heute «Beirat der Wirtschaftsförderung») und



MARODE Seit der 1970er-Krise haftete Solothurn das Image als «Rezessionskanton» an – verschiedene Uhren- und ihre Zuliefererfirmen wie die Delta-Werke in Langendorf schlossen damals ihre Tore. ARCHIV SZ

stellte mit dem späteren Regierungsrat Rolf Ritschard erstmals (!) einen ausgebildeten Volkswirtschaftler ein. Ritschard leitete fortan die neu geschaffene Fachstelle «Wirtschaftsförderung». Deren Aufgaben wurden 1976 definiert und im Juni 1977 vom Stimmvolk abgesegnet: Es bewilligte einen Kredit von 25 Mio. Franken für die «Sofortmassnahmen zur Förderung einer regional und strukturell ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung». Mit dem Geld konnte die staatliche Wirtschaftsförderung künftig Ansiedlungs- und Umstrukturierungspolitik betreiben. Konkret: Der Kanton durfte Boden kaufen und an bauwillige Unternehmen zu günstigen Bedingungen verkaufen; er konnte Beiträge an die Erschliessungskosten entrichten sowie Zinsverbilligungen und Darlehen gewähren. «Jetzt ist die Wirtschaftsförderung handlungs- und konkurrenzfähig geworden», zeigte sich der Regierungsrat zufrieden.

Massnahmen ein halber Erfolg

In den folgenden Jahren wurden Dutzende Gesuche von Firmen bewilligt und damit neue Arbeitsplätze ge-

schaffen. Doch bereits 1978 musste der Regierungsrat feststellen, dass weniger Begehren eintrafen «als erwartet». Die Unternehmen wollten nicht investieren, und auch die Wirtschaftsförderungen der anderen Kantone hatten nicht geschlafen. Zudem ging es mit der Konjunktur bereits wieder aufwärts. 1982/1983 schlitterte Solothurn jedoch erneut in eine Krise und festigte damit sein Image als «Rezessionskanton».

«Gipfeltreffen» aller Beteiligten

Zehn Jahre später kam alles noch schlimmer: Die Arbeitslosenzahl stieg rasant von 0,7 Prozent (1991) auf 4,6 (1993) und 6,0 Prozent (1997). Angesichts der dramatischen Entwicklung schrieb der Regierungsrat bereits 1992: «Die Verwaltung muss alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, die Krise zu bewältigen und neue Strategien zur Milderung der Auswirkungen zu treffen.» Bereits im Juni 1992 bewilligte der Kantonsrat ein Paket von Sofortmassnahmen: Rund 7 Mio. Franken wurden für die Sanierung von staatlichen Gebäuden gesprochen. Ausserdem trafen sich Behörden, Handelskammer und Gewerk-

schaften zu einem «Gipfeltreffen», um Lösungen gegen die Krise zu finden.

Die RAV-Pioniere Anfang 90er-Jahre

Aufgrund der sich weiter verschlechternden Wirtschaftslage beschloss der Regierungsrat im Januar 1993 ein erstes Massnahmenpaket mit Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogrammen. Im Februar 1994 kam ein weiterer Meilenstein hinzu: Das Stimmvolk sagte deutlich Ja zu einem neuen Gesetz, das die Grundlage für die von den Gemeinden mitfinanzierte regionale Arbeitsvermittlung legte. Solothurn war zu diesem Zeitpunkt ein Pilotkanton bei der Schaffung der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV). Der Kantonsrat sprach zudem einen Kredit von 9 Mio. Franken, um Konjunkturförderungsprogramme des Bundes oder eigene Programme zu finanzieren.

Auch die Aktivitäten der kantonalen Wirtschaftsförderung wurden Mitte der 90er-Jahre ausgebaut: Die Förderung von Jungunternehmen wurden gestärkt und Arbeitslose, die sich selbstständig machen wollten, beraten. Firmen, die Ausgesteuerte anstellten, erhielten vom Kanton 20000 Franken.

«Nicht auf zwei Hochzeiten tanzen»

CVP-Mann Roland Fürst verzichtet zugunsten seiner Ständeratskandidatur auf das Kantonsratspräsidium

Roland Fürst will «klare Verhältnisse» schaffen und setzt deshalb ganz auf seine Ständeratskandidatur.

ELISABETH SEIFERT

«First class news» sollten es sein, welche die CVP Kanton Solothurn an einer Medienorientierung gestern Vormittag in Solothurn bekannt geben wollte. Die Spekulationen über den Inhalt der Nachricht schossen im Vorfeld denn auch ins Kraut. Was dann Parteipräsidentin Annelies Peduzzi und Roland Fürst verkündeten, dürfte die Solothurner Politlandschaft aber kaum sonderlich erschüttern: Fürst verzichtet auf das Kantonsratspräsidium 2010 und widmet sich in den kommenden Monaten ganz seinen Ständeratsambitionen. Die für diese Mel-



ROLAND FÜRST Setzt ganz auf die Ständeratskandidatur. MADDALENA TOMAZZOLI HUBER

dung unter viel Getöse organisierte Pressekonferenz ist – wenn kein Pseudoevent – bestenfalls eine PR-Übung der CVP im beginnenden Wahlkampf

um den zweiten Ständeratssitz. «Das Kantonsratspräsidentenam und der Ständeratswahlkampf sind für mich nicht vereinbar», sagte Fürst gestern. So weit aber komme es, wenn – was sehr wahrscheinlich ist – der neue Ständerat erst im zweiten Wahlgang am 24. Januar gewählt werde. Am 9. Dezember wird nämlich bereits der Kantonsratspräsident für das Jahr 2010 gekürt. Und: «Sollte ich Ende Januar dann als Ständerat gewählt werden, müsste das kantonale Parlament im März bereits wieder einen neuen Präsidenten bestimmen.» Denn so viel ist klar: Die theoretisch mögliche Kumulation der beide Ämter als Ständerat und Kantonsratspräsident lehnt der Geschäftsführer der Solothurner Handelskammer ab, «das wäre absolut ungläubwürdig».

«Ich will frühzeitig klare Verhältnisse schaffen und nicht auf zwei Hochzeiten tanzen», erläuterte Fürst seinen Entscheid – auch im Hinblick auf den ersten Ständeratswahlkampf am 29. November. «Das Stimmvolk und auch die Kantonsräte sollen wissen, woran sie sind.»

Parteipräsidentin Annelies Peduzzi bezeichnete die Entscheidung als «sinnvoll und richtig», obwohl Fürst damit auf ein Amt verzichte, das viele Kantonsräte als «Krönung» ihrer Politlaufbahn empfinden. Der Partei selber, der das Amt des Kantonsratspräsidenten im nächsten Jahr zusteht, bleibe so zudem genügend Zeit, um die Nachfolge in aller Ruhe zu regeln. Peduzzi: «Wir haben mehrere mögliche Kandidaten.» Namen will die Partei erst nach den Herbstferien nennen.

Nachrichten

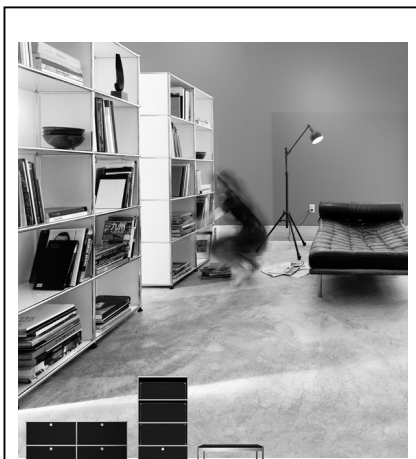
Borregaard: Unia mit Klage abgeblitzt

Die Klage der Gewerkschaft Unia gegen die Firma Borregaard in Luterbach im Zusammenhang mit dem Konsultationsverfahren ist vom Amtsgericht Solothurn Lebern in erster Instanz abgelehnt worden. Den Entscheid vom 16. September bestätigt Gerichtsschreiber Peter Friedli auf Anfrage. Die Gewerkschaft klagte, dass Borregaard im Nachgang zur Werkschliessung die Mitwirkungspflichten bei Massenentlassungen verletzt habe. Das Urteil werde an das Obergericht weitergezogen, sagt Corrado Pardini von der Unia. Für Borregaard ist der Entscheid «eine Bestätigung, dass wir das Verfahren richtig und gesetzeskonform abgewickelt haben», erklärt Geschäftsleitungsmitglied Danielle Stöckli. Einen Tag später beschäftigte sich auch das Arbeitsgericht mit der Firma Borregaard. Dabei ging es unter anderem um vier Einzelklagen von ehemaligen Borregaard-Angestellten gegen den Arbeitgeber. Diese Klagen habe das Gericht gutgeheissen, erklärt Friedli. Die Kläger fordern demnach laut erstinstanzlichem Urteil zu Recht die Auszahlung der Abgangsschädigung gemäss Sozialplan. Borregaard hat diese bestritten, weil sie nur dann ausbezahlt würden, wenn die Arbeitnehmer keine Klage wegen Verletzung des Mitwirkungsverfahrens einreichten. «Wir warten die schriftliche Begründung ab», beantwortet Stöckli die Frage nach einem Weiterzug. Weitere zwölf ähnliche Klagen seien sistiert worden, bis ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, ergänzt Gerichtsschreiber Friedli. (FS)

Derendingen Unfall mit schwieriger Bergung

Am Freitagmorgen hat ein Automobilist, der auf der Luzernstrasse von Zuchwil herkommend in Richtung Subingen unterwegs war, das Rotlicht auf dem Kreuzplatz missachtet. Im gleichen Moment fuhr eine Autolenkerin bei grünem Lichtsignal in Richtung Bahnhofstrasse über die Kreuzung. Trotz Vollbremsung kam es zur Kollision. Die beiden Lenker verletzten sich leicht. Durch den Aufprall wurde der involvierte Smart auf die Seite gekippt. Da sich im Fahrzeug zwei Butan-Gasflaschen befanden – aus einer lief Gas aus – mussten besondere Vorsichtsmassnahmen getroffen werden. So wurde die Kreuzung für den Verkehr kurzfristig gänzlich gesperrt. Es kam zu entsprechenden Behinderungen. Die Stützpunktfeuerwehr Derendingen war mit 15 Mann vor Ort und half sowohl bei der Bergung der Flaschen als auch bei der Verkehrsregelung. (PKS)

INSERAT



Das flexible System wächst mit den Ansprüchen.

Zaugg & Zaugg AG
Meisenweg 3, 4552 Derendingen
Tel. 032/ 681 50 80
www.zaugg-online.ch

USM
Möbelbausysteme